



Enquetekommission II

13. Sitzung (öffentlich)

3. Juni 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:46 Uhr

Vorsitz: Dr. Hartmut Beucker (AfD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

3

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, mit Blick auf die im Anschluss an die Ausschusssitzung stattfindende Plenarsitzung keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil an die Sachverständigenanhörung anzuschließen.

Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (staatliche Ebenen)

4

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen, mit Blick auf die im Anschluss an die Ausschusssitzung stattfindende Plenarsitzung keinen nichtöffentlichen Sitzungsteil an die Sachverständigenanhörung anzuschließen.

Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (staatliche Ebenen)

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Liebe Sachverständige! Ich begrüße Sie und auch die uns zugeschaltete Öffentlichkeit ganz herzlich zur 13. Sitzung der Enquetekommission II „Krisen- und Notfallmanagement“.

Sehr geehrte Sachverständige, im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und für die bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen.

Zunächst möchte ich noch einige organisatorische Hinweise geben. Die heutige Anhörung findet öffentlich statt. Sie wird per Livestream übertragen und anschließend auf der Homepage des Landtags abrufbar sein.

Aus zeitlichen Gründen ist nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in einem Eingangsstatement mündlich zusammenfassen. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die Abgeordneten die Stellungnahmen vollständig gelesen haben, auswerten konnten und nunmehr Fragen an die Sachverständigen richten, um einzelne Sachverhalte zu vertiefen oder zu hinterfragen.

Dabei gehen wir so vor, dass zunächst in einer ersten Runde jede Fraktion eine Frage an einen Sachverständigen richtet und dann die angesprochenen Personen darauf antworten. Für die Beantwortung einer Frage stehen maximal drei Minuten zur Verfügung, wobei ich keine Stoppuhr führen werde. Anschließend folgt die nächste Frageunde.

Die sachverständigen Mitglieder der Enquetekommission haben ebenfalls das Recht, Fragen zu stellen. Diese Fragen werden jeweils auf die betreffende Fraktion angerechnet.

Somit können wir mit unserer Anhörung beginnen.

Christian Berger (CDU): Erst einmal möchte ich Ihnen meinen persönlichen Dank aussprechen, dass Sie heute hier erschienen sind bzw. sich live zugeschaltet haben. Vielen Dank auch für die Stellungnahmen, die wir alle natürlich sehr aufmerksam gelesen und zusammengefasst haben. Daraus ergibt sich, wie zu erwarten, die eine oder andere Rückfrage.

Ich möchte noch eines voranstellen: Bitte verstehen Sie es nicht als Unhöflichkeit, dass gleich von der CDU-Fraktion ein paar Kollegen – auch ich – den Saal verlassen müssen. Aufgrund der Plenarsitzung am heutigen Tag haben wir noch eine Fraktionssitzung. Unsere Referentin und unser Sachverständiger, Herr Dr. Göbels, werden weiterhin anwesend sein und Ihre Antworten sehr aufmerksam verfolgen. Ich bitte Sie, das zu entschuldigen.

Die erste Frage der CDU geht an Herrn Dr. Hans-Walter Borries. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um das Bewusstsein und auch das Wissen der Bevölkerung

bezüglich Warntönen und Krisenvorsorge zu erhöhen? Welche Akteure sollten dabei idealerweise involviert werden?

Christina Weng (SPD): Auch seitens der SPD-Fraktion vielen Dank für die Übersendung der Stellungnahmen und dafür, dass Sie sich zu uns auf den Weg gemacht haben.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Professor Annegret Thieken. Es geht mir um die Beschreibung des Sonderbeauftragten. Können Sie konkrete Beispiele nennen, wo der Einsatz eines Sonderbeauftragten in Krisensituationen bereits erfolgreich gewesen ist?

Jule Wenzel (GRÜNE): Vielen Dank auch vonseiten der Grünenfraktion für Ihre Bereitschaft, sich heute mit uns auszutauschen.

Meine erste Frage geht an Herrn Gahlen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme umfangreiche Hinweise gegeben. Wo sehen Sie die größten Herausforderungen in der Zusammenarbeit bzw. im Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen in der Krisenbewältigung, insbesondere angesichts der Klimakrise? Kennen Sie Positivbeispiele?

Angela Freimuth (FDP): Auch seitens der FDP-Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Stellungnahmen.

Ich habe eine Frage an Herrn Professor Kuhlicke. Wie können die staatlichen Ebenen flexibel auf die Auswirkungen des Klimawandels reagieren, und welche koordinierenden Mechanismen sind gegebenenfalls erforderlich, um effektive Maßnahmen zu gewährleisten?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Ich verlasse jetzt meine Rolle als Vorsitzender der Enquetekommission. Meine Frage geht ebenfalls an Herrn Dr. Borries. Wie kann man es vermeiden, dass Handlungsleitfäden verschiedener Kommunen oder Länder einander widersprechen? Wie kann man sie nach Möglichkeit sogar aufeinander abstimmen?

Dr. Hans-Walter Borries (FIRMITAS Institut für Wirtschafts- und Sicherheitsstudien): Ich beginne mit der Frage der CDU-Fraktion danach, welche Maßnahmen ich vorschlage. Mit Beendigung des Kalten Krieges, was sich ja als falsch herausgestellt hat, wie man jeden Tag im Fernsehen sieht, wurden zumindest in den alten Bundesländern sämtliche Sirenen und damit auch die Ausbildung dafür zurückgefahren. Wenn die Sirene am Samstag heult, dann ahnen wir: Es ist Samstagmittag, und höchstens ist irgendwo ein Feuer.

Wir brauchen eine Ausbildung. Ich will nicht sagen, dass es schon auf der Ebene der Kindergärten sein müsste – da wäre es zu früh –, aber irgendwann im Bereich der Schulen, sodass wir den Selbstschutz, den Bevölkerungsschutz, die Katastrophenhilfe wieder ernst nehmen und wissen, wie wir handeln können und welche Wahlmöglichkeiten uns gegeben sind; gegebenenfalls zum Beispiel Lautsprecherdurchsagen, wenn moderne Broadcastsysteme zusammenbrechen. Es ist eine Wissensfrage.

Ich habe vor Jahren mal etwas angeregt. Die Älteren unter uns werden sich erinnern: Früher lief am Freitag vor dem „Tatort“ „Der 7. Sinn“, wodurch man die Bevölkerung, die Zuschauer, dahin bringen wollte, dass man einen Gurt anlegt und vorsichtiger fährt. Wenn das nicht der Fall war, crashten die Autos. Vielleicht brauchen wir so etwas auch in modernen Medien, und zwar so umgesetzt, dass man wieder die Ernsthaftigkeit erkennt.

Ich glaube, zu diesem Thema müsste ich heute in Bayern oder in den angrenzenden Teilen von Baden-Württemberg, wo die Betroffenen jede Stunde mit sich und ihrer Sicherheit, mit ihrer Existenz, mit ihrem Leben ringen, nicht mehr sprechen.

Es ist ein langfristiger Umsetzungsprozess, der in den Schulen wahrscheinlich ab einer gewissen Klasse – sechste, siebte, zehnte Klasse – beginnen sollte und sich dann in den modernen Medien fortsetzt. Denn wir haben in der Tat sehr viele Unterlagen dazu.

Zu der Frage des Herrn Vorsitzenden als Vertreter der AfD: Ich glaube, das Problem in einem föderalen Staat ist nicht, dass es zu wenige Leitfäden oder Handlungsanweisungen gibt, sondern dass diese Anweisungen in den jeweiligen Landesgruppierungen an den Landesgesetzen ausgerichtet sind. Es wird nicht einheitlich der Begriff „Krisenstab“ wie in Nordrhein-Westfalen genutzt. Woanders heißt es zum Beispiel „Katastrophenstab“, in Bayern „Führungsstab“. Da fängt es schon an, dass wir mit unterschiedlichen Termini arbeiten.

Hier ist ein Abgleich sehr wichtig. Dieser Abgleich könnte über eine Bundesorganisation stattfinden, zum Beispiel über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe oder das BSI. Dem widerspricht allerdings der föderale Aufbau mit 15 bzw. inklusive Berlin 16 Bundesländern.

Hier muss einiges getan werden. Ich meine, ein wichtiger erster Schritt dazu wäre, auf Ebene der Länder Landeskatastrophenorganisationen einzurichten, die sich in einem Gremium, einem Rat, mehr austauschen als in der Vergangenheit und damit zu einer einheitlichen Terminologie und zu einer einheitlichen Handlungsweise kommen. Denn schon die Flut im Ahrtal hat bewiesen – wir sehen es auch in den aktuellen Presse- und Medienberichten –: Die Katastrophe macht nicht Halt an Gebietskörperschaften; sie macht nicht Halt an den Grenzen der Bundesländer. Sie ist bundesländerübergreifend, und wir brauchen im Grunde eine zentrale Führung.

Das hat bei der Oderflut 1997 und bei den Elbefluten 2002 und 2013 gut geklappt, weil die Bundeswehr in ihrer damaligen Struktur mit einem hohen Anteil von Soldatinnen und Soldaten, mit großer Mannschaftsstärke als einzige Organisation in der Lage war, 20.000 bis 40.000 Einsatzkräfte zu koordinieren. Das konnte keine andere Hilfsorganisation oder Blaulichtorganisation. Bei der aktuell geringen Stärke der Bundeswehr – auch wenn wir die Heimatschutzregimenter dazuzählen – ist dieser Koordinierungsaufwand in der Form wie in der Vergangenheit nicht zu leisten, sodass wir hinterfragen müssen, welche Mittel und Maßnahmen wir für eine bessere Koordinierung der Aufgaben in Zukunft zur Verfügung stellen wollen.

Prof.'in Dr. Annegret Thieken (Universität Potsdam [per Video zugeschaltet]): Vielen Dank für die Frage der SPD-Fraktion nach dem Sonderbeauftragten. Dieses Modell

findet sich zum Teil in der Literatur darüber, wie man Wiederaufbau gestalten kann. In sehr stark betroffenen Gebieten in Deutschland könnte zum Beispiel auf der Landkreisebene ein Sonderbeauftragter eingesetzt werden, der vor Ort Bedarfe sammelt und diese an die verschiedenen Ressorts der Landesregierung zurückmeldet. Er hätte in dem Sinne eine sehr kurze Leitung zur Landesregierung. Der formale Weg dauert sonst oftmals zu lange.

An die Einsetzung einer solchen Person ist weniger im Zusammenhang mit der Krise selbst zu denken, sondern eher danach, wenn zum Beispiel das Hochwasser abgeflissen ist und Aufräumarbeiten, Wiederaufbau und solche Dinge anstehen.

Erfolgreich eingesetzt wurde so etwas in ähnlicher Form meines Wissens in Sachsen und zum Teil auch im Landkreis Ahrweiler.

Matthias Gahlen: Wieso ist der Austausch zwischen den Ebenen notwendig? Die Gefahrenabwehr erfolgt zunächst einmal örtlich; das ist ganz klar. Wir nähern uns nun aber den Problemen, in denen die Dinge örtlich nicht mehr von einzelnen Gebietskörperschaften geregelt werden können.

Im Alltag zeigt sich dies besonders häufig in den Kreisen. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden brauchen die Unterstützung des Kreises. Da gibt es dann im operativen Bereich den Kreisbrandmeister, und die Gemeinden helfen sich untereinander. Das ist erprobt und gängige Praxis; dies geschieht alltäglich in Nordrhein-Westfalen.

Wenn nun mehrere Gebietskörperschaften betroffen sind, helfen diese sich natürlich, so lange es geht, untereinander, aber oft gibt es schlicht und ergreifend Verkettungen. Wenn zum Beispiel die Verkehrsinfrastruktur ausfällt, dann ist ganz sicher nicht nur ein Kreis betroffen. Aus Bayern hören wir aktuell von der Sperrung von Autobahnen. Solche Informationen müssen zielgerichtet an alle Beteiligten weitergeleitet werden.

Grundvoraussetzung für operatives Handeln ist, dass operative Kräfte überhaupt dorthin kommen, wo sie arbeiten und handeln sollen. Wenn Verkehrsinfrastruktur nicht mehr vorhanden ist und es zum Beispiel nicht mehr um Kreis- oder Gemeindestraßen geht, sondern um Bundes- oder Landesstraßen, verändern sich Zuständigkeiten. Diese Zuständigkeiten müssen in den Gremien bzw. in den Ebenen abgebildet werden. Insofern ist der Austausch zwischen den Ebenen zwingend erforderlich, wie anhand dieses einfachen Beispiels der Verkehrsinfrastruktur gezeigt.

Der Austausch zwischen den Ebenen funktioniert beispielhaft bei der Anforderung überörtlicher Kräfte. Eine Bezirksregierung ist zuständig und bittet um Entsendung, angefordert wird von einer kreisfreien Stadt oder einem Kreis. Die Bezirksregierung gibt diese Anforderung dann an eine Alarmierungsleitstelle weiter, welche die nötigen Dinge in die Wege leitet. Das sind erprobte Strukturen, die funktionieren. Aber jenseits der erprobten Strukturen wird es sehr schwierig.

Prof. Dr. Christian Kuhlicke (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung [per Video zugeschaltet]): Die an mich gerichtete Frage bezog sich darauf, wie die verschiedenen Ebenen besser zusammenarbeiten können und welche koordinierenden Maßnahmen notwendig bzw. vorstellbar sind. Um den Rahmen ein bisschen weiter zu spannen: Die

Herausforderungen liegen dabei nicht alleine im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, sondern es geht um eine integrierte Perspektive, eine Querschnittsaufgabe. Die Stärkung der Klimaresilienz ist deutlich breiter als die engeren Netzwerke des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes. Sie betrifft auch Soziales, Wirtschaftsfragen und natürlich die Gesundheit. Daher ist es mit einem sehr großen Koordinationsaufwand verbunden.

Drei Faktoren sind dabei wesentlich. Das erste ist die bundesweite Schaffung von kohärenten und allgemeingültigen Standards und Rahmenwerken. Es gibt eine unüberschaubare Vielzahl an Bezeichnungen, Nomenklaturen, Modellen, Vorgehensweisen. Im Prinzip braucht es also eine Standardisierung. Diese Aufgabe sehe ich beim Bund und auch bei den Ländern.

Zweitens sind die Herausforderungen im überregionalen Bereich zu sehen. Sowohl Kaltluftschneisen als auch die Schwächung von Starkregen oder Hochwasserwellen können in den meisten Fällen nicht mehr vor Ort gelöst werden, sondern das erfordert eine überörtliche Koordination. Auch da braucht es die interkommunale Planung. Die überörtliche Kooperation muss gestärkt werden, möglicherweise im Rahmen der Raumplanung.

Drittens spielt die kommunale Ebene in zwei Aspekten eine wesentliche Rolle. Im Grunde müssen alle möglichen Menschen eingebunden und mitgenommen werden. Es braucht Gestaltungsmöglichkeiten, und es müssen Innovationsräume geschaffen werden, damit die Kommunen etwas mehr Handlungsspielraum bekommen – natürlich mit der entsprechenden Ressourcenausstattung. Zur Resilienzbildung muss außerdem sehr viel stärker als bisher mit der Zivilgesellschaft, mit sozialen Netzwerken, mit ehrenamtlichen Bewegungen zusammengearbeitet werden.

Die Maßnahmen sind immer auf diesen drei Ebenen abzustimmen: Austausch zwischen Bund und Ländern, überörtliche Kooperation und Kommunikation sowie mehr Gestaltungsspielraum, mehr Innovationsmöglichkeiten für die Kommunen, um den im Bereich der Klimaresilienz zu leistenden Umbau wirklich voranbringen zu können.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank. – Wir gehen damit zur zweiten Fragerunde über.

Christian Berger (CDU): Meine zweite Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Borries. Sie haben in Ihrer Stellungnahme eine überregionale Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg thematisiert. Das macht uns neugierig. Auch mit Bezug auf unsere zukünftigen Handlungsempfehlungen im Bericht der Enquetekommission möchte ich von Ihnen wissen, welche spezifischen Strukturen oder Praktiken zum Beispiel aus Österreich oder der Schweiz Sie für besonders effektiv und nachahmenswert für Deutschland halten.

Rodion Bakum (SPD): Meine Frage geht an Herrn Professor Kuhlicke. Können Sie uns sagen, welche spezifischen Schwachstellen unter Umständen bei den vergangenen Hitzewellen und Starkregenereignissen – womöglich auch den aktuellen – zu

identifizieren sind? Welche kurzfristigen Maßnahmen gibt es abseits des langfristigen Klimaschutzes und der Maßnahmen zur Klimaanpassung, um in Deutschland besser zu werden?

Prof.'in Dr. Gesine Hofinger (Sachverständige der EK II): Meine Frage richte ich an Herrn Gahlen, um die vorherige Frage zum Austausch der verschiedenen Ebenen zu vertiefen bzw. zu ergänzen. „Austausch“ klingt schön, aber wie viel Einheitlichkeit bräuchte es auf den verschiedenen Ebenen – Kommune, Bezirksregierung, Land – insbesondere bezüglich der Organe des Krisenmanagements und konkret der Stäbe? Wie könnte diese Einheitlichkeit erreicht werden?

Angela Freimuth (FDP): Ich habe eine Frage an Frau Professorin Thieken. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass für die Warnung vor und effektive Bewältigung von Überflutungen die Daten- und Informationsweitergabe zwischen den verschiedenen Behörden zwingend funktionieren muss, damit eine Warnung erfolgreich Menschen schützen kann und Schäden minimiert werden können. Welche konkreten Schritte empfehlen Sie, um diesen Informationsfluss wirksam zu verbessern bzw. ihn erst einmal anzuregen?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Für die AfD stelle ich meine Frage Herrn Gahlen zum Thema „Krisenstäbe“. Wie könnte die Anbindung von Krisenstäben an eine Verwaltungsakademie dem Verständnis der Krisenstäbe für die Besonderheiten der Verwaltung sowie der Effizienz dieser Stäbe dienen?

Dr. Hans-Walter Borries (FIRMITAS Institut für Wirtschafts- und Sicherheitsstudien): Die überregionale Zusammenarbeit ist in der Tat das große Problem. Wir haben vor Jahren bei Cross Border Emergencies die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Niedersachsen verglichen. Das Ergebnis war: Wir konnten eine gute Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden feststellen, wir konnten eine gute Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und den Niederlanden feststellen, aber untereinander hatten wir große Defizite. Ich glaube, das hat sich nicht wesentlich geändert.

Das Kernproblem ist daher: Die Anrainer haben auf der Ebene der Kommune, des Kreises, des Landkreises aufgrund der überörtlichen Schadenslagen stets einen guten Kontakt gesucht und schon sehr gute Konzepte entwickelt, aber auf der Ebene darüber – wenn als Mittelinstanz vorhanden mit der Bezirksregierung, auf jeden Fall auf der Landesebene – hapert es noch an der Zusammenarbeit, weil man teilweise mit unterschiedlichen Termini, Bezugsgrößen und Strukturen arbeitet.

Wir können aus Österreich und Schweiz, deren Flächenausdehnung und insbesondere Bevölkerungsanzahl nicht vergleichbar mit der Bundesrepublik Deutschland sind, da sie wesentlich kleiner sind, lernen: Sie sind seit mehr als 10 oder 20 Jahren aufgeschlossener bezüglich bestimmter Schadenslagen. Sie haben sehr früh begonnen, bei den kritischen Infrastrukturen zu üben, zum Beispiel für Stromausfälle. Sie haben sehr früh für Pandemielagen geübt, als es hier noch undenkbar war – noch vor 2004. Und

sie haben Ereignisse geübt, die sich gegenseitig aufschaukeln, zum Beispiel im Dachorganisationsbereich von Österreich und Schweiz eine Pandemie plus größere Unwetterlagen. Dorthin kommen wir mittlerweile langsam, weil wir aus Erfahrung lernen, was leider immer sehr schmerzhaft ist, weil man dann ein Krisenmanagement in der Theorie hat, das noch nicht in der Praxis erprobt ist.

Wir können darauf schauen, was Österreich und Schweiz in ihrem Erkennen von Gefahrenlagen, in ihrer geistigen Struktur besser machen. Es muss in die Köpfe hinein, dass diese Unwetterlagen – ich nehme als Beispiel das, was wir in Bayern und Baden-Württemberg erleben – nicht nur eine theoretische Größe sind, sondern dass uns die Wettermodelle zeigen: Wir werden pro Dekade eine Zunahme der Unwetterlagen um 35 % haben. Das bedeutet: Wir müssen uns schwerpunkthaft auf diese Themen ausrichten, wir müssen dazu ausbilden, wir müssen sie üben – nicht nur mit operativen Einsatzkräften, nicht nur mit den Blaulichtorganisationen, sondern insbesondere auch mit den Verwaltungsstäben, also den Krisen- bzw. Katastrophenschutzstäben.

Österreich und Schweiz machen uns vor, dass man auf der kommunalen Ebene und auf der Länderebene weiter ist, weil die Durchsetzung, die Ausbildung der Verantwortlichen – insbesondere auch die Ausbildung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten – dort weiter vorangetrieben worden ist.

Prof. Dr. Christian Kuhlicke (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung [per Video zugeschaltet]): Zur Frage nach den Schwachstellen bezüglich Hitze- und Starkregenereignissen: Man könnte darauf relativ umfangreich antworten. Im Prinzip zeigt jede große Katastrophe die Schwachstellen auf. Ich möchte auf zwei wesentliche Herausforderungen fokussieren.

Im Bereich „Hitze“ sind zwei Punkte wesentlich. Zum einen gilt es, sehr viel stärker als bisher Wärmeinseln in den Städten zu reduzieren. Das funktioniert natürlich vor allem über eine Erhöhung des Anteils der Grünflächen. Dies hat gleichzeitig den Vorteil, dass dort, wenn Starkregenereignisse auftreten, sehr viel Wasser aufgenommen werden kann, sodass man auch zur Kappung von Scheitelwellen beitragen kann. Gleichzeitig gilt es im Bereich „Hitze“, sehr viel stärker kühlende Elemente, Verschattungen einzubauen und gerade ältere Personen, die alleine sind, zu informieren, was getan werden kann, und dahin gehend Vorsorge zu treffen.

Im Bereich „Starkregen und Hochwasser“ ist die zentrale Frage, wie verhindert werden kann, dass die großen Wassermengen überhaupt in die Städte und Kommunen fließen, indem sie in den Bereichen zurückgehalten werden, in denen die Schäden nicht so groß sind, also in Freiflächen und landwirtschaftlich genutzten Flächen. Dafür könnten die Flussläufe ausgeweitet werden, sodass die Wellen in den Kommunen und Städten nicht so groß sind und dort nicht so verheerende Schadensbilder verursachen.

Das sind die zwei wesentlichen Schwachstellen. Beide Bereiche werden zwar einzeln und im Rahmen von Pilotprojekten angegangen, sie sind aber noch nicht systematisch in Planungsprozesse, Finanzierungsprozesse und Budgets integriert worden. Wenn sich die politische Wetterlage wieder verändert, könnten sie auch wieder gegenüber anderen Belangen abgewogen werden.

Ich glaube, ohne diese beiden Punkte anzugehen, wird es sehr schwierig werden, gegenüber diesen Starkereignissen bessere Vorsorge zu treffen und als Gesellschaft resilienter zu werden.

Matthias Gahlen: Ich beginne mit der Frage nach einheitlichen Strukturen von Stäben über die verschiedenen Verwaltungsebenen hinaus. Ich bitte Sie, sich mental einmal in die Rolle eines kommunalen Krisenstabes zu versetzen. Wann wird so ein Stab einberufen? Im Endeffekt ist ein solcher Stab die letzte Instanz, die einem Oberbürgermeister oder einem Landrat zur Verfügung steht. Wenn der Stab die Situation nicht retten kann, dann geht sie übel daneben. Ich erwähne das, um zu sagen, dass die Menschen in einem solchen Stab unter sehr hohem Druck arbeiten. Diese Menschen im Stab brauchen Unterstützung von der nächsthöheren Ebene. In Nordrhein-Westfalen ist das üblicherweise die Bezirksregierung.

Man stelle sich vor, am Samstagmittag ist die Bezirksregierung vielleicht über einen Meldekopf zu erreichen, der dann versucht, den Ansprechpartner im Bereich „Gesundheit“ zu ermitteln. Irgendwann versucht dieser Ansprechpartner, sich zurückzumelden, und zwar in Strukturen hinein, die er nicht kennt.

Stellen wir uns das Gegenbeispiel vor, dass auf der anderen Seite, bei der Bezirksregierung, ebenfalls ein Stab eingerichtet wurde und im Bereich „Gesundheit“ ein Problem entsteht. Die Person im kommunalen Stab nimmt dann Kontakt mit der Person im Stab der Bezirksregierung auf. Die Sprache ist gleich, die Rückmeldungen kommen direkt, der Mensch in der Bezirksregierung weiß, wo die Ansprechpartner im Bezirk sind. Wenn die Antwort aus dem Bezirk nicht gegeben werden kann, hat er Ansprechpartner im Stab des Landes, und die Kommunikation geht schnell. Es muss nicht mehr nach den Ansprechpartnern gesucht werden, und die Kommunikation ist rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr sichergestellt.

Alle anderen Wege werden dann üblicherweise nicht zeitnah funktionieren. Im beschriebenen Fall, wenn Stäbe aufgerufen sind, entfallen Unterschriftswege, und Entscheidungen funktionieren ohne diese Zwischenschritte zeitnah. Das ist der Grundtonor dazu, weshalb einheitliche Strukturen tatsächlich helfen.

Die zweite Frage bezog sich auf die Ausbildung an Verwaltungsakademien für Krisenstäbe. Wie kann das aussehen?

Erst einmal sehr grundsätzlich: Menschen gehen normalerweise nicht in Verwaltungen, um Katastrophen abzuwehren und der Bevölkerung in Großschadenslagen, in Katastrophen zu helfen, sondern sie haben sehr grundsätzliches Interesse an Verwaltungsaufgaben. Das bedeutet: In einem ersten Schritt muss Bestandteil der Verwaltungsausbildung werden, dass Katastrophenbewältigung sowohl im vorbeugenden als auch im abwehrenden Sinne Aufgabe einer Verwaltung ist und nicht nur Aufgabe der Feuerwehr oder eines wie auch immer gearteten Gesundheits- oder Ordnungsamts. Es ist eine Gesamtaufgabe einer Verwaltung.

Der zweite Punkt ist, dass eine Verwaltungsakademie tatsächlich Stabslehrgänge anbieten kann, und zwar als Sonderqualifikation. Bisher kann und darf einen Krisenstab in Nordrhein-Westfalen jeder führen, der vom Hauptverwaltungsbeamten damit beauftragt

wird. Es muss keinerlei Qualifikation nachgewiesen werden, es muss nicht nachgewiesen werden, dass regelmäßig geschult wird und dass eine Befähigung dafür vorhanden ist. Genau dies muss an einer entsprechenden Akademie vermittelt werden.

Prof.'in Dr. Annegret Thieken (Universität Potsdam [per Video zugeschaltet]): In der an mich gerichteten Frage ging es darum, wie der Informationsfluss bei der Warnung verbessert werden könnte. Ich habe mir dazu einige Punkte notiert.

Zum einen müssen natürlich alle Beteiligten die Warnsysteme gut kennen und geschult werden. Zum Beispiel gibt es beim BBK das sogenannte modulare Warnsystem MoWaS. Dafür gibt es verschiedene befugte Nutzer auf Landkreisebene, Landesebene, Bundesebene usw. Diese müssen sich mit dem System natürlich sehr gut auskennen und wissen, wann genau sie welche Einstellungen tätigen müssen.

Es geht auch darum, verschiedene Gefahrensituationen vorzudenken. Das bedeutet auch, Warnmeldungen vorzuformulieren, sich zu überlegen, wann man welche Warnmeldung ein bisschen abwandeln kann, wann die Meldung unverändert übernommen werden kann und vor allem, welche Handlungsempfehlungen bei welcher Warnstufe herausgegeben werden sollten. Die Handlungsempfehlungen sind gerade für das Verhalten der Bevölkerung wichtig, damit diese zum einen erkennen kann, wie gefährlich die Lage ist, und zum anderen in die Lage versetzt wird, auch selbst adäquat zu handeln. Es ist dann eben keine Option, alle möglichen Handlungsempfehlungen, die in MoWaS hinterlegt sind, jedes Mal herauszuschicken, sondern man sollte es sich gut überlegen und die Informationen tatsächlich vorbereiten.

Mein zweiter Punkt: Neben diesen amtlichen Systemen und dem amtlichen Informationsfluss vom DWD zu den Landesbehörden, den Landkreisen usw. gibt es natürlich auch noch informelle Informationsketten. Gerade auf kommunaler Ebene sollte man diese überdenken. Zum Beispiel hat der Ruhrverband bzw. haben Infrastruktureinrichtungen entlang der Ruhr eine Informationskette für alle möglichen Schadensfälle von der Quelle bis zur Mündung, um entlang des Flusslaufs den Informationsfluss zu verbessern. Auf kommunaler Ebene – ich greife das Thema „Hitze“ auf – könnte es zum Beispiel so aussehen, dass man in einem Hitzeaktionsplan klar festlegt, wer in der Kommunalverwaltung die Hitzewarnungen des DWD empfängt und wie diese dann in der Kommune weitergeleitet werden, zum Beispiel insbesondere an sensible Einrichtungen wie Pflegeheime oder Kindertagesstätten. Diese Informationsketten sollte man gut definieren.

Drittens. Der Freistaat Sachsen hat eine sehr klar hierarchische Informationskette eingeführt. Dort gibt man nicht nur die Informationen weiter, sondern man versichert sich auch, dass die Information angekommen ist. Man verlangt also ein Feedback. Wenn es nicht kommt, wird sozusagen das nachfolgende Glied aktiviert und informiert.

Als vierten Punkt möchte ich hervorheben, dass entlang der Warnkette nicht nur quasi ein Text weitergegeben wird; jedenfalls nicht immer. Denken wir an die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Wetterdienst und den Wasserbehörden auf Landesebene: Dort werden auch Daten weitergegeben; verschiedene Szenarien vom Wetterdienst

zur Entwicklung des Wetters. Dies sind dann wiederum die Eingangsdaten für die hydrologischen Modelle der Hochwasservorhersage.

Damit das immer gut klappt, braucht es regelmäßige Treffen – zum einen, um die Schnittstellen zu definieren, zum anderen, um die Datenformate aktuell zu halten. Modelle werden immer weiterentwickelt, und im Zuge dessen können sich auch mal Ausgabeformate und so etwas ändern, sodass es plötzlich nicht mehr funktioniert, eine Datei einzulesen. Um solche Fehler in der Krise zu vermeiden, braucht es regelmäßige Treffen, gerade nach großen Aktualisierungen.

Fünftens beschwerten sich vor allem Medienvertreter ab und zu darüber, dass es zu unübersichtlich sei. Wenn es nur um einen Brennpunkt geht, dann hat man es noch relativ gut im Blick. Gerade bei den Warnungen aus MoWaS verlieren sie aber in komplexen, größeren Lagen wie bei Hochwasser oder auch bei einer Pandemie sehr schnell den Überblick, auch wenn manchmal mehr Zeit zur Verfügung steht. Es bräuchte daher eine Plattform, die raumzeitlich sichtbar macht, wo welche Warnung aktiv ist.

Einige solcher Plattformen gibt es schon: „hochwasserzentralen.de“ oder auch die Wetterwarnungen beim DWD. Insgesamt ist für den Naturgefahrenbereich auch das geplante Naturgefahrenportal bzw. die entsprechende Plattform eine gute Entwicklung.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Vielen Dank. – Wir kommen zur dritten Frageunde.

Dr. Klaus Göbels (Sachverständiger der EK II): Ich habe eine Frage an Herrn Gahlen. Erst einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen, sowohl schriftlich als auch für das, was Sie bisher über die Verwaltung gesagt haben. Die Verwaltung ist ja eher ein passivischer Teil unserer Exekutive. Letztendlich passiert aber alles irgendwo in den Kommunen und in den Kreisen. Das heißt, diese müssen wir irgendwie stärken.

Wenn man dieses Verwaltungshandeln kennt – ich habe auch zehn Jahre lang in der Verwaltung gearbeitet –, dann weiß man, dass es wirklich schwierig ist, dass Dinge sich von unten nach oben entwickeln. Die Verwaltung ist anders gepolt. Wenn von oben ein Erlass oder dergleichen kommt, Strukturen aufzubauen, wird das letztendlich umgesetzt. Dies böte auch den Vorteil, Dinge zu vereinheitlichen. Das heißt, nur mit Empfehlungen, Krisenstäbe zu professionalisieren, wird man meines Erachtens nicht weiterkommen. Sehen Sie das auch so?

Daran anschließend: Wir hatten im Rahmen der Coronapandemie immer Probleme, ein einheitliches Lagebild zu erhalten. Insbesondere Intensivbetten betreffend haben wir verschiedene Meldesysteme. Halten Sie es für sinnvoll, diese Meldesysteme in Bezug auf Krisen modular aufzubauen, sodass man immer eine gewisse Flexibilisierung bei gleichzeitiger Vereinheitlichung hat und damit sich die nächsthöhere Verwaltungsebene ein wirklich genaues Bild macht und man die gleiche Sprache spricht?

Prof. Dr. Harald Karutz (Sachverständiger der EK II): Ich habe eine Frage an Herrn Professor Kuhlicke. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass es insgesamt keinen

Mangel an Wissen und Informationen gebe. Das sehe ich persönlich ganz genauso. Es ist eigentlich wahnsinnig viel vorhanden. Sie weisen auch darauf hin, dass es eine riesige Anzahl von Studien gibt, verschiedenste Modelle vorhanden sind und es eigentlich eine Organisation bräuchte, die vorhandenes Wissen bündelt, aufbereitet, zur Verfügung stellt. Mich interessiert, wie Sie sich eine solche Organisation vorstellen und wie diese Organisation arbeiten müsste, damit tatsächlich das verfügbare Wissen dort ankommt, wo es gebraucht wird, nämlich in den Krisenstäben.

Prof.'in Dr. Gesine Hofinger (Sachverständige der EK II): Meine Frage geht an Herrn Professor Kuhlicke. Ich würde Sie bitten, das Thema der Vulnerabilität bzw. der Resilienz unter dem sozialen Aspekt etwas zu vertiefen. Wo sehen Sie die sozialen Vulnerabilitäten, insbesondere wenn es um Klimaresilienz und natürlich auch Krisen- und Notfallmanagement geht? Eine Anschlussfrage dazu: Wird dies Ihrer Meinung nach bisher schon ausreichend im Diskurs beachtet? Was müsste diesbezüglich vielleicht auch seitens der öffentlichen Stellen noch getan werden?

Angela Freimuth (FDP): Ich habe noch eine Nachfrage an Herrn Gahlen: Welche konkreten Beispiele für erfolgreiche Dashboards zur Krisenbewältigung sind bekannt, und wie können wir diese auf die Bedürfnisse des Katastrophen- und Krisenmanagements hier in Nordrhein-Westfalen anpassen?

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Borries. Ich kann mich nur ganz dunkel daran erinnern, dass ich bei der Rheinhochwasserlage 1995 als DLRG-Rettungsschwimmer in Alarmbereitschaft war. Es ist plausibel, dass seitdem womöglich auch Erfahrungen aus der Verwaltung verloren gegangen sind. Ich bin allerdings nur ein ziemlich kleines Rädchen und nicht besonders in Verantwortung; vor allem damals war ich es nicht. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Erfahrungen verloren gegangen sind? Wie könnte man verhindern, dass so etwas passiert?

Matthias Gahlen: Herr Dr. Göbels, wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es Ihnen darum, für die Verwaltung sicherzustellen, dass professionelle Stäbe zur Verfügung stehen, und darum, ob dies gut über einen Erlass geregelt werden könnte.

Der Krisenstabberlass sieht vor, dass jede Gebietskörperschaft einen Krisenstab aufstellt. Das wird unterschiedlich intensiv gelebt. Die Bandbreite ist wie immer, wenn Dinge nicht genau vorgeschrieben sind, riesengroß. Es gibt Stäbe, die vielleicht vereinzelt mal geübt haben, und es gibt Stäbe, die jedes Jahr üben. Aber Stäbe, die wirklich auch nur ansatzweise den Anspruch haben, professionell zu sein, gibt es, glaube ich, nicht.

Die Frage ist, ob es überhaupt möglich ist, die Stäbe der 53 Gebietskörperschaften bei einer Fünffachbesetzung mehrmals im Jahr üben zu lassen und dies sicherzustellen. Oder man sagt: Wir schaffen professionelle Stäbe; wir verstehen es als zentrale Landesaufgabe, eine Kernmannschaft zu stellen, wie es zum Beispiel im Bereich der Polizeien der Fall ist. Dort wird gesagt, dass ständige Stäbe Voraussetzung für das Führen großer Lagen sind, und zwar professionelle ständige Stäbe. Die Gebietskörperschaften würden

dann den Teil ergänzen, den das Land nicht leisten kann. Im Endeffekt betrifft dies die zu treffende Entscheidung, weil dies Aufgabe der Gebietskörperschaften als untere Katastrophenschutzbehörden ist und sie über ihre Zuständigkeit über das Fachwissen verfügen. Damit schafft man einen sehr professionellen Teil der Stabsarbeit.

Schauen wir uns Großschadenslagen wie zum Beispiel an der Ahr an. Dort ist im Endeffekt all das zusammengebrochen, was Voraussetzung für staatliches Handeln ist. Wir hatten keinerlei Infrastruktur mehr in großen Teilen des Verkehrs, der Kommunikation, der Gesundheitsvorsorge, bei Trinkwasser, Abwasser, Lebensmittelversorgung und dergleichen. Wenn man eine solche Aufgabenvielfalt einem völlig unprofessionellen Stab gibt, in dem viele Leute vielleicht vor zwei oder drei Jahren das letzte Mal und vielleicht auch das einzige Mal in ihrem Leben geübt haben, und nachher gesagt wird, der Stab habe es nicht gekonnt, muss man sich fragen: Ist das fair? Menschen wird eine Aufgabe gegeben, die sie objektiv nicht bewältigen können, weil sie nicht dafür geschult sind.

Bei solchen Großschadenslagen kann man gefühlt fast von einem Kriegsgebiet sprechen. Die Bundeswehr bildet ihre Stabsmitarbeiter ganz anders und sehr umfangreich aus und schult sie ständig weiter. Das ist dort eine eigene Laufbahn.

Wir müssen uns fragen, was wir wollen. Wollen wir Gefahrenabwehr tatsächlich so vorbereiten, dass sie wirklich große Katastrophen bewältigen kann? Bevor die Führung in der Struktur nicht funktioniert, werden wir den ganzen Rest, der dahinterliegt, auch nicht bewältigen können.

In Rheinland-Pfalz waren letztendlich Tausende Helfer am Nürburgring und wurden nicht eingesetzt. Sie sind unverrichteter Dinge nach Hause gefahren, weil die Führung nicht funktionierte. Der später eingerichtete Führungsstab umfasste mehrere Hundert Leute, die regelmäßig wechselten, und im Detail gab es immer wieder unterschiedliche Führungsstrukturen. Man hat sich dann gewundert, dass es nicht klappte, objektiv konnte aber gar nicht klappen. Da sind Leute zusammengeführt worden, die noch nie zusammengearbeitet hatten, und die sollen dann das größte Problem, das sie bis dahin in ihrem Leben gesehen haben, erfolgreich managen. Das wird nicht funktionieren; die können sich noch so anstrengen.

Aus meiner Sicht wäre es daher der richtige Ansatz, in den Bereich der Professionalisierung zu gehen. Dass die Polizei es wie beschrieben eingerichtet hat, ist ja nicht aus dem luftleeren Raum entstanden, sondern damals gab es zwei wesentliche Fälle, die dazu geführt haben, dass diese Struktur entstanden ist. Das eine Ereignis war das Geiseldrama in Gladbeck. Da haben die Polizeien bundesweit festgestellt, dass sie so nicht zusammenarbeiten können, da sie es nicht hinbekommen haben. Letztendlich sehen wir das im Bereich des Katastrophenschutzes immer wieder.

Damit komme ich zum Lagebild; auch dazu wurde eine Frage gestellt. Ein Lagebild ist natürlich zentrale Voraussetzung. Ein Lagebild braucht völlig unterschiedliche Detaillierungsgrade. In der unteren Katastrophenschutzbehörde sind andere Informationen notwendig als in einer Bezirksregierung, im Innenministerium oder auch auf Bundesebene, wo möglicherweise irgendwann entschieden wird, wohin die Mangelressource „Einsatzkräfte“ geschickt wird, weil die Not am größten ist.

Wenn ein Lagebild nach zentralen Vorgaben aufgestellt wird, wird erst einmal überhaupt eine Vergleichbarkeit erreicht, und wenn man diese professionellen Stäbe hat, kann man ein gemeinsames Lagebild erzeugen. Sonst sind es 53 Lagebilder, die mit größter Mühe in den Bezirksregierungen mit dem Versuch, einheitliche Standards zu nutzen, von Hand ausgewertet werden, die aber trotzdem nicht vergleichbar sind. In den oberen und höchsten Führungsebenen sind sie dann kaum nutzbar und führen zwangsläufig zu Fehlentscheidungen. Denn wenn derjenige, der nachher entscheiden soll, im Letzten keine aussagekräftigen Basisinformationen hat, kann er keine guten Entscheidungen treffen. Oder er hat einfach Glück, was es manchmal ja auch geben soll.

Ich habe in meiner Tätigkeit auch positive Erfahrungen mit Lagebildern im Rahmen der Pandemie gemacht. Ich hatte das große Glück, einen Menschen vom Landeskommando der Bundeswehr gut zu kennen, und wir haben regelmäßig das Landeslagebild der Bundeswehr bekommen. Das war von allen Lagebildern, die ich gesehen habe, dasjenige, welches mir am meisten geholfen hat. Ich hatte schon große Probleme, für Dortmund das Lagebild der Bezirksregierung Münster zu erhalten. Die Stadt Dortmund grenzt direkt an den Regierungsbezirk Münster, und der Zustand in den Krankenhäusern im Kreis Recklinghausen war natürlich für uns hochinteressant, weil die schweren Fälle auch von dort nach Dortmund transportiert wurden. Das wurde uns so nicht zugestanden, weil wir ja zur Bezirksregierung Arnsberg gehörten. Wir haben uns dann von den Kollegen die Informationen tatsächlich direkt geholt. Die haben sie uns zur Verfügung gestellt.

Wenn man sich aber überlegt, wie viele Anrainer jeder Kreis oder eine jede kreisfreie Stadt hat, die dann anfangen, jedes Lagebild der Nachbarn selbst auszuwerten, dann kann man sich so ganz allmählich vorstellen: Wenn die Lagen noch etwas dynamischer werden, sind irgendwann die Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Unsere Strukturen geben zurzeit ein vernünftiges Landeslagebild nur ansatzweise her, zumal bisher die Bringschuld immer nur aufseiten der Kommunen und der Kreise lag. Der Wunsch, ein gutes und nachvollziehbares Landeslagebild zu erhalten, woraus zum Beispiel erkennbar ist, ob man eine Chance hat, überörtliche Kräfte in welcher Zeit auch immer zu bekommen, bleibt eben ein Wunsch. Manchmal klappt es, manchmal klappt es nicht.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Entschuldigen Sie, Herr Gahlen, bräuchten Sie gleich noch eine weitere Runde?

Matthias Gahlen: Ich kann es jetzt ganz schnell machen. Ich komme zur Frage nach erfolgreichen Dashboards.

Die Bundeswehr mit ihrem Lagebericht habe ich angesprochen. Die Stadt Dortmund hat ein Dashboard für die Pandemie entwickelt, und ich glaube, das wird auch gerne vorgestellt und zur Verfügung gestellt, wenn der Wunsch danach besteht.

Prof. Dr. Christian Kuhlicke (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung [per Video zugeschaltet]): Zwei Fragen wurden mir gestellt. Die erste Frage war, wie ein Synthese-

bzw. Wissensintegrationsprozess aussehen kann, die zweite Frage betraf die sozialen Aspekten bei der Klimaresilienz. Ich beginne mit dem Syntheseprozess.

Es gibt wirklich unglaublich viele Studien, und gerade in Deutschland ist in den letzten Jahren durch die Forschung sehr viel relevantes Wissen entwickelt worden. Es gibt natürlich auch sehr viel Erfahrung. Ich möchte ausdrücklich auf die Bedeutung dieses Erfahrungswissens hinweisen. Länder wie Sachsen, Bayern, jetzt auch Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben qua Erfahrung sehr große Wissensbestände, die es aufrechtzuerhalten gilt. Daher ist für mich die Frage, wie dieses Wissen gebündelt und zusammengeführt werden kann, nicht allein eine wissenschaftliche, sondern sie betrifft eigentlich alle Ebenen: die kommunale Ebene, die Landesebene und auch die Ebene des Bundes.

Eine der großen Herausforderungen, wenn man ein solches Zentrum oder eine solche Institution auf einer bestimmten Ebene schafft, besteht darin, dass wahrscheinlich alle anderen Ebenen sehr kritisch auf dieses Zentrum schauen würden. Daher wäre es wichtig, dass alle drei Ebenen, also die kommunale Ebene, die Landesebene und der Bund, gemeinsam an einem solchen Klimaresilienzszentrum beteiligt sind, damit man ein Buy-in hat. Das wäre die eine Option.

Die zweite Möglichkeit wäre, eine unabhängige Einrichtung zu schaffen, die vor allen Dingen den Auftrag hat, Wissen zusammenzutragen, zu systematisieren und einzuordnen und es im Sinne von Good-Practices aufzubereiten.

Ein sehr konkretes Beispiel ist hier das Thema „Risiko- und Krisenkommunikation“. Das ist für viele Kommunen und Städte und auch für viele Wasserverbände ein neues Thema. Man ist händeringend auf der Suche nach guten Beispielen und Orientierungswissen. Ich meine, dieses Wissen müsste idealerweise durch eine ebenenübergreifende Organisation oder Einrichtung hergestellt werden.

Ein Erfolgsmodell ist eine Einrichtung wie das IPCC auf globaler Ebene. Vielleicht bräuchte man etwas Ähnliches. Ein Syntheseprozess für Katastrophwissen innerhalb Deutschlands würde schon viel helfen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Arbeit dieser Enquetekommission eingehen. Ich glaub, diese Kommission ist eines der wenigen Beispiele dafür, dass man auch nach einem Ereignis wie einer Pandemie und oder einem Hochwasser dezidiert versucht, sich mit den Lehren zu befassen, auch auf politischer Ebene. Das ist eher die Ausnahme als die Regel. Ich finde, solche Einrichtungen, solche Prozesse bräuchte es sehr viel häufiger. Das halte ich für einen wichtigen Bestandteil dieser Lern- und Wissenskonsolidierungsprozessen.

Ich komme zu den sozialen Aspekten der Klimaresilienz. Wir haben nach dem Hochwasser 2021 relativ viel mit Menschen in Euskirchen und Stolberg gesprochen. Dabei sind sehr spezifische Herausforderungen klar geworden, die durch das bestehende System des Katastrophenmanagements und des Bevölkerungsschutzes kaum abgedeckt werden können. Dazu zählen der Zugang zu bestimmten Bevölkerungsschichten und Bevölkerungsgruppen, aber auch Sprachbarrieren.

Soziale Infrastrukturen – also Sportvereine, Nachbarschaftsvereine – waren daher essenziell für die Bewältigung dieser Ereignisse, weil sie ein Verständnis davon hatten, wo die spezifischen Bedarfe und Bedürfnisse sehr heterogener Bevölkerungsgruppen liegen und wie man sie in das Management und die Bewältigung der Krise integrieren kann. Wir stehen erst am Anfang, in diesem Bereich ein differenziertes Verständnis von Verwundbarkeiten, Verletzlichkeiten zu erlangen, auch wenn es immer Ausnahmen gibt. Auch in diesem Bereich bedarf es einer Professionalisierung, und zwar sowohl auf der Ebene der Erfassung – wo leben die alten, einsamen Menschen, die man bei Hitze möglicherweise informieren muss? – als auch beim Umgang, bei der Einbindung, bei der Kommunikation, bei der Partizipation.

Denn eines ist klar: Die Folgen dessen, was wir in den nächsten Jahren sehen werden – zum Beispiel die Zunahme von Extremereignissen –, werden extrem differenziert ausfallen. Es wird Menschen und auch Kommunen und Städte geben, die damit sehr gut umgehen können, aber es wird auch zu einer starken Ausdifferenzierung sowohl der Folgen als auch der Möglichkeiten, mit diesen Folgen umzugehen, kommen. Diesen Bereich überhaupt zu thematisieren und als Herausforderung zu positionieren, halte ich für wesentlich.

Dr. Hans-Walter Borries (FIRMITAS Institut für Wirtschafts- und Sicherheitsstudien): In der Tat ist das letzte Rheinhochwasser 29 Jahre her. Wir haben daher nicht mehr eine solche Praxiserfahrung wie an der Donau, wo es eigentlich fast jedes Jahr ein Hochwasser gibt – leider oder auch Gott sei Dank.

In den ausgehenden 2000er-Jahren war mein Institut im Rahmen des Forschungsprojekts VIKING II das deutsche Projektleitungsbüro für die Übung der Bezirksregierung Düsseldorf mit dem Kreis Wesel, dem Kreis Kleve, den Niederländern und auch einigen kreisangehörigen Städten. Im Ergebnis zeigte sich, dass schon um 2008 die Daten aus den Erfahrungen von 1995 sehr veraltet waren.

Man kann davon ausgehen, dass heute, fast 30 Jahre danach, so gut wie keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr in den Krisenverwaltungsstäben existieren, die damals Praxiserfahrung hatten – außer vielleicht Botengänger, die gerade als Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger in solchen Stäben gearbeitet haben. Dieses Erfahrungswissen ist über die fast 30 Jahre verloren gegangen, und es müsste durch eine Aufarbeitung, durch neues Erfahrungslernen anhand von Ausbildung und erst recht durch jährliche Übungen wieder neu ermittelt werden. Dementsprechend müssten die Gefahrenabwehrpläne neu überprüft werden.

Es war damals schon klar, um 2008 herum, dass die Tierbestände nicht mehr identisch mit denjenigen im Jahr 1995 waren. Das große Problem ist, dass zum Beispiel ein Landwirt ungern seine Scholle verlässt, wenn er weiß, dass seine Tiere zurückbleiben.

Damals gab es schon sogenannte Hochwassergefahrenkarten, die, wenn der Rhein wo auch immer bricht, stündlich zeigen konnten, wie im rückwärtigen Bereich im Stundentakt alles vollläuft. Es war das wunderbare System FLIWAS. Das wurde sicherlich optimiert. Bei einem Forschungsprojekt in Naumburg an der Saale gibt es eine sehr gute Vernetzung aller kritischen Infrastrukturen, gekoppelt mit Hochwasserdaten und

einem System, bei dem man sieht, welche Probleme es gibt, wenn irgendetwas am Deich passiert.

Ich sehe das Problem für den Niederrhein, dass wir bis heute nicht klar die Auswirkungen des Kohlenbergbaus kennen, der dazu führt, dass die Erde sich absenkt und dementsprechend auch die Deiche irgendwann wieder erhöht werden müssen. Wenn wir etwas weiter blicken, stellen wir aber auch fest: Die Probleme, die wir hier in Nordrhein-Westfalen am Rhein nicht lösen, sondern sie weiterleiten, weil wir vielleicht bessere, höhere Deiche bauen, müssen die niederländischen Kollegen ausgleichen.

Ich meine aus der heutigen Sicht, dass wir die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden befähigen müssen, starke Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse aufzubauen, sogenannte SAE. Diese müssen rechtsverbindlich eingesetzt werden und nicht mit Kann-Bestimmung. Diese Stäbe, angefangen bei der untersten Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, müssten wieder lernen, im jährlichen Rhythmus mit Hochwassergefahren und Auswirkungen auf die kritischen Infrastrukturen umzugehen, und zwar bei einer deutlich erhöhten Bevölkerungszahl und bei einem erhöhten Tierbestand, was deutliche Probleme bereiten wird.

Letztendlich geht es nur um Ausbildung und Übung. Dafür müssen ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, weil die kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Unterschied zu den Kreisen und kreisfreien Städten nicht die jährlichen Summen bekommen, die sie bräuchten, um ihre Struktur mit modernem Hightech, mit EDV-Material, mit entsprechenden Einrichtungen zu verbessern. Und sie brauchen Mittel, um Ausbildung und erst recht Übung zu gestalten.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Danke schön. – Ich denke, wir schaffen noch eine Fragerunde. Es hätte ein so schöner, gemütlicher Nachmittag werden können, aber leider ist unsere Zeit dadurch begrenzt, dass wir um 15:00 Uhr mit einem gewissen Vorlauf als Abgeordnete im Plenum erscheinen müssen. Aber vielleicht klappt es ja noch.

Dr. Klaus Göbels (Sachverständiger der EK II): Ich habe eine ganz kurze Frage an Herrn Gahlen. Es geht mir um die Etablierung und um die Rolle eines landesweiten Krisenstabs. In der Coronapandemie gab es diesen nicht. Welche Rolle sehen Sie für einen solchen Krisenstab bei relevanten Krisen und vielleicht auch bei der Etablierung eines Landeszentrums Katastrophenschutz, welches die einzelnen Krisenstäbe auf der Bezirks- und möglicherweise auch auf der lokalen Ebene unterstützt?

Prof. Dr. Harald Karutz (Sachverständiger der EK II): Ich habe ebenfalls noch eine Frage an Herrn Gahlen. Sie haben in der Stellungnahme und auch vorhin auf positive Erfahrungen bei der Polizei und insbesondere bei der Bundeswehr verwiesen. Sie haben gesagt, dass die Stabsausbildung bei der Bundeswehr ganz anders aussieht als im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Könnten Sie das ein bisschen konkretisieren? Was wird da anders gemacht? Sind es einfach nur mehr Übungen, oder

gilt das auch inhaltlich und methodisch? Was ist es, wovon möglicherweise insgesamt für das Krisenmanagement gelernt werden könnte?

Lena Zingsheim-Zobel (GRÜNE): Ich möchte eine Frage an Frau Professorin Dr. Thieken richten. Da ich kein ordentliches Mitglied der Kommission bin, kann ich gut diese Frage stellen. Sie thematisieren viele Schnittstellen von Ausbildung und Risikokommunikation. Was ist die größte Herausforderung, um diese Hinweise umzusetzen, und welche Akteure sehen Sie in der Pflicht, damit dieser Weg gegangen werden kann?

Matthias Gahlen: Zum Landesstab bei Landeslagen: Ein einfaches Beispiel ist die Trinkwasserversorgung. Sie wird durch Leistungserbringer sichergestellt, die mit den früheren Stadtwerken nichts mehr zu tun haben. GELSENWASSER zum Beispiel ist landesweit tätig und hält sich nicht an Grenzen von Gebietskörperschaften. Wenn dort ein Problem entsteht, hat das Land Nordrhein-Westfalen ein Problem, das die Kreise, die kreisfreien Städte und auch die Regierungsbezirke nicht lösen können. Das ist Aufgabe des Landes.

Die Fließgewässer, zum Beispiel die Ruhr, sind zentral für die Trinkwasserversorgung des Ruhrgebiets. Drei Regierungsbezirke liegen an der Ruhr. Wenn man das mit dem Klima verbinden will: Sowohl große Trockenheit als auch sehr viel Wasser würden die Ruhr massiv beeinflussen und zu Problemen führen, die nur durch das Land gelöst werden können.

Umgekehrt gibt es sicherlich auch Probleme, die im Bereich der Gebietskörperschaften liegen, bei denen aber Unterstützung notwendig ist. Zum Beispiel, wenn nach Überflutungen große Mengen Müll entsorgt werden müssen und die örtlichen Depo-nien nicht ausreichen, ist dies häufig schon nicht mehr alleine im Bezirk zu lösen. So lassen sich auch im Verkehrsbereich bei Landesstraßen und bei den Zuständigkeiten für die Bundesstraßen – zum Beispiel bei Brückenbauwerken und Befahrbarkeiten – durchaus Situationen konstruieren, die das Land notwendig machen. Das Land hat sich auch vorbehalten, den Einsatz der Bundeswehr zu koordinieren. Auch insofern ist der Landeskrisenstab notwendig.

Ich komme dann zur Frage nach der Landespolizei und der Bundeswehr. Ich bin kein Spezialist für deren Leistungsfähigkeit. Sehr grundsätzlich wird das Personal für die ständigen Stäbe der Polizei gesondert ausgewählt. Pro Stab gibt es, meine ich, zehn Funktionen, also zehn Menschen, die nichts anderes machen als diesen ständigen Stab; mit einem Leiter des Stabes, der nicht gleichzeitig Einsatzleiter ist. Jeder von denen muss Speziallehrgänge machen. Und um ihre Aufgaben weiter ausführen zu können, müssen sie regelmäßig nachweisen, dass sie eine bestimmte Zeit lang und in einer bestimmten Anzahl Übungen bzw. Einsätze absolviert haben, um die Professionalität sicherzustellen. Die genauen Ausbildungsinhalte kann ich nicht wiedergeben.

Zum Bereich der Bundeswehr – ich habe nicht gedient – würde ich lieber nichts sagen, bevor ich etwas Falsches sage. Die Bundeswehr hat aber die eigene Laufbahn – so nennt sich das, glaube ich – für die Stäbe der Bundeswehr. Dort wird sehr umfangreich geschult.

Am Beispiel von Bayern kann man es sich aktuell ganz gut vorstellen. Da müssen in einem Landkreis 4.000 bis 6.000 Helfer vor Ort versorgt werden, die Fahrzeuge müssen betankt werden, die Leute müssen schlafen, sie brauchen Verbrauchsgüter. Sie müssen durch einen Bereich geführt werden, in dem ein großer Teil der Straßen nicht mehr funktioniert, und sie müssen auch wieder herausgeführt werden. Irgendjemand muss denen sagen, wer woher fährt, damit sich kein großes Knäuel von Autos bildet.

Parallel dazu müssen Privatfirmen und möglicherweise auch die Bundeswehr hereingeführt werden – mit Schwertransporten und allem, was dazugehört. Da werden Sondergeräte, schwerste Stromaggregate, Brückenteile und was weiß ich nicht alles hineingeführt.

Es ist eine Vielzahl von Fragestellungen, die man als normaler Feuerwehrmensch, der zum Beispiel in einem Stab sitzt, nicht lösen kann. Das kann man auch nicht in einem dreitägigen Lehrgang an der Landesfeuerweherschule lernen. Das gilt für den Bereich der allgemeinen Verwaltung erst recht. Wenn ein Verkehrsamt oder ein Tiefbauamt auf einmal solche Aufgaben übernehmen soll, dann sind die damit überfordert. Ihnen nur zu sagen, sie müssten es machen, ohne ihnen die nötigen Qualifikationen zu geben, ist einfach unfair.

Prof.'in Dr. Annegret Thieken (Universität Potsdam [per Video zugeschaltet]): An mich wurde die Frage gerichtet, welche Herausforderungen in der Risikokommunikation bestehen und welche Akteure aktiviert werden müssen. Das ist eine sehr interessante, aber nicht so leicht zu beantwortende Frage.

Risikokommunikation ist ein sehr breites Thema. Ich würde sagen, dass dort viel Fingerspitzengefühl erforderlich ist. Zum einen muss kommuniziert werden, welche Gefahren für die jeweiligen Personen, für die Örtlichkeit usw. relevant sind, ohne diese Personen komplett zu verschrecken. Wenn es zu drastisch formuliert und zu sehr dramatisiert wird, setzen oft psychologische Abwehrmechanismen ein, und es führt eher zu einer emotionalen Bewältigung als zu einer handlungsorientierten. Man muss so kommunizieren, dass die Personen es verstehen, ohne verschreckt zu werden.

Gleichzeitig ist wichtig, dass man kommuniziert, was die Personen tun können, und somit die Bewältigungskapazitäten und die Bewältigungsfähigkeiten erhöht – sowohl im Ereignisfall als auch langfristig vorsorgend. Also zum Beispiel: Wie können Sie Ihr Haus vor Hochwasser oder auch vor Hitze schützen?

Drittens gilt es, die Verantwortlichkeiten zu kommunizieren. Was muss jeder Einzelne tun? Was wird erwartet? Wo setzt die öffentliche Hand an? Wann sollte der Notruf gewählt werden? Das heißt, Verantwortlichkeiten müssen klar herausgestellt werden.

Anhand dieser Gemengelage sehen Sie vielleicht schon, dass das Ganze auch zielgruppenspezifisch erfolgen sollte: Die Kommunikation mit einem Infrastrukturbetreiber läuft anders ab als die Kommunikation mit der allgemeinen Bevölkerung oder die Kommunikation mit kleinen Kindern in der Kindertagesstätte.

Bei Risikokommunikationsmaterialien sollte daher konzeptionell sehr klar berücksichtigt werden: Welche Zielgruppe wird adressiert? Was genau ist die Herausforderung

dieser Zielgruppe? Was ist verständlich? Welche Leistungsfähigkeit, welche Kapazität hat diese Zielgruppe?

Zur Frage, welche Akteure aktiviert werden müssen: Letztendlich wollen Sie ja jeden in der Bevölkerung erreichen. Das heißt, dass alle Akteure aktiviert werden müssen. Man muss sagen, dass die Hilfsorganisationen schon seit Längerem fordern, ein lebenslanges Lernen einzuführen. Es braucht Kommunikationsmaterialien für die Kindertagesstätte oder den Kindergarten, für die Schulen in den verschiedenen Stufen, aber auch für die allgemeine Bevölkerung – und auch die ist nicht wirklich „allgemein“; wenn jemand ein Haus bauen will, braucht er eine andere Information als zum Beispiel ein Mieter, der sich eher auf den Ereignisfall vorbereiten und wissen sollte, wie er einen Notfallkoffer packt.

Diese Zielgruppenspezifika sind wichtig. Im Projekt ExTrass, das ich auch in meiner Stellungnahme erwähnt habe, haben wir zielgruppenspezifische Materialien für Altenpflegeheime und Kindertagesstätten sowie für sogenannte schwer erreichbare Menschen erstellt, also für Menschen, die schon körperlich beeinträchtigt sind, aber noch alleine zu Hause wohnen. Es ist wichtig, Multiplikatoren anzusprechen, also zum Beispiel pflegende Angehörige, die ambulante Pflege usw. Da ist im Prinzip jeder gefragt, und besonders sind auch diejenigen gefragt, die für genau diese Gruppen in der Verwaltung verantwortlich sind.

Vorsitzender Dr. Hartmut Beucker: Zum Abschluss der Anhörung sage ich allen Sachverständigen herzlichen Dank. Wir sind darauf angewiesen, dass Sie Ihr Wissen und Ihre Urteilskraft mit uns teilen, damit es gut wird. Noch einmal ganz herzlichen Dank.

Ich danke auch allen Teilnehmern, die allgemein interessiert den Livestream verfolgt haben. Herzlichen Dank für Ihr Interesse.

Ich weise auf die nächste planmäßige Sitzung der Enquetekommission II am 28. Juni 2024 hin. Die Einladungen dazu werden rechtzeitig verschickt.

Damit beende ich die Sitzung.

gez. Dr. Hartmut Beucker
Vorsitzender

Anlage

26.06.2024/01.07.2024

Anhörung von Sachverständigen
 Enquetekommission II
**„Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel
 (staatliche Ebenen)“**

am 3. Juni 2024

13.30 Uhr bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E1 D05, Livestream

Tableau

Stand 03.06.2024

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Universität Potsdam Professorin Annegret Thieken Potsdam-Golm	Professorin Dr. Annegret Thieken per Video	18/1487
Deutscher Wetterdienst, Geschäftsbereich Klima und Umwelt Tobias Fuchs Offenbach am Main	<i>Keine Teilnahme</i>	18/1484
FIRMITAS – Institut für Wirtschafts- und Sicherheitsstudien Dr. Hans-Walter Borries Witten	Dr. Hans-Walter Borries	18/1479
KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (SORMAS) Kerstin Pliquet Siegburg	<i>Keine Teilnahme</i>	---
Matthias Gahlen Lünen	Matthias Gahlen	18/1485
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ Professor Dr. Christian Kuhlicke Leipzig	Professor Dr. Christian Kuhlicke Per Video	18/1490
Aurubis AG Professor Dr. Fritz Vahrenholt Hamburg	<i>Keine Teilnahme</i>	---